



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

Seit langem hat kein europäisches Thema die Menschen vor Ort so bewegt wie der Vorschlag zu einer EU-Dienstleistungsrichtlinie. Zehntausende sind in Berlin und Straßburg auf die Straße gegangen, weil sie zu Recht fürchten, dass eine unregelmäßige Marktöffnung für Dienstleistungen in Europa zu Sozialabbau und Lohndumping in Deutschland führen könnte. Deshalb haben wir Sozialdemokraten uns für einen Weg stark gemacht, der eine Öffnung der Dienstleistungsmärkte ermöglicht, aber gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen schaffen soll. Ziel unserer Verhandlungen war immer, die Errungenschaften des Europäischen Sozialmodells zu schützen, denn wir sind nicht wie andere der Auffassung, dass es der Markt auch bei unfairen Wettbewerbsbedingungen "schon alleine richten wird". Die Entscheidung des SPD Parteivorstands, die Ausweitung von Mindestlöhnen voranzutreiben, ist ein wichtiger, daraus folgender Schritt.

Dienstleistungsrichtlinie - ein Etappensieg

Den europäischen Sozialdemokraten ist es mit Evelyne Gebhardt, unserer Berichterstatterin im Europäischen Parlament, in der ersten Lesung vergangene Woche gelungen, diese Richtlinie in ihr Gegenteil zu verkehren. Das Herkunftslandprinzip ist gefallen. An dessen Stelle tritt der Marktzugang ohne Diskriminierung. Hierbei gelten aber das Arbeits- und Tarifrecht sowie Verbraucher- und Umweltschutz am Ort der Dienstleistungserbringung.

Die EU-Entsenderichtlinie gilt dank des Erfolgs unserer Fraktion ohne Einschränkung. Sie gibt jedem Mitgliedstaat das Recht, Mindestlöhne, -arbeitszeiten und -urlaubsansprüche für Arbeiter zu fordern, die aus einem anderen Land entsandt werden.

Verhindern konnten wir auch die grenzüberschreitende Liberalisierung von Leih- und Zeitarbeit. Die Dienste von allgemeinem Interesse sind ausgenommen, etwa gemeinnützige soziale und kulturelle Dienste. Aber es bleibt auch noch viel zu tun. In einigen Bereichen wie etwa den wirtschaftsnahen Diensten oder der "Passförmigkeit" zu unserem heimischen Regelwerk muss noch nachgebessert werden.

Jetzt ist der Rat und damit auch die Bundesregierung am Zug. Bis zur zweiten Lesung im Europäischen Parlament ist noch viel Raum für weitere Verhandlungen. Deshalb ist es wichtig, den Druck aufrechtzuerhalten. Außerdem brauchen wir jetzt in Deutschland einen anständigen Mindestlohn und müssen das Entsendegesetz ausweiten. Nur mit solchen, für alle gleichermaßen gültigen Regelungen können die Beschäftigten vor einem Lohn- und Sozialdumping geschützt werden.

Iran zur Kooperation im Atomstreit aufgefordert

Das Europäische Parlament hat sich letzte Woche in die Auseinandersetzung um das Atomprogramm des Iran eingemischt. Die Europaabgeordneten fordern, die Krise im Einklang mit den Bestimmungen des Völkerrechts zu lösen. Dabei kann auch das Einschalten des UN-Sicherheitsrats ein notwendiger Schritt sein. Gleichzeitig verurteilt das Parlament die Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel.

Das Parlament muss das Recht Irans auf die Entwicklung eines Atomprogramms für friedliche Zwecke anerkennen. Uns fehlt jedoch das Vertrauen in die Zusicherungen Irans, sein Atomprogramm ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen.

Die EU-Kommission ist aufgefordert, die Kontakte und die Zusammenarbeit mit der iranischen Zivilgesellschaft sowie den unabhängigen Medien und der demokratischen Opposition zu verstärken. Nur durch eine friedliche Zusammenarbeit kann im Nahen Osten Sicherheit entstehen.

Fit für Europa?

Wer uns am schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält einen Schlüsselanhänger mit LED-Lampe.

Frage: Ist die europäische Dienstleistungsrichtlinie, d. h. das Gesetz, das auf nationaler Ebene umgesetzt werden muss, schon verabschiedet?

- a) Ja
- b) Nein, erst wenn sich der Rat und das Europäische Parlament mehrheitlich auf einen Text geeinigt haben

Die Gewinnerin vom letzten Mal ist Julia Schlösser aus Bad Camberg.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de